Aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 20.01.2025:

TOP 1: Frageviertelstunde
Ein Mitbürger fragt nach, welche Maßnahmen seitens der Gemeinde bzw. der Nationalparkverwaltung unternommen werden, um die Einstellung der Buslinie F 118 Bad Griesbach/Kniebis zu verhindern. Der Bürgermeister wie auch Nationalparkdirektor Dr. Wolfgang Schlund führen aus, dass weder die Gemeinde noch die Nationalparkverwaltung Einfluss auf die Entscheidung des Ortenaukreises bezüglich der Einstellung der Linie hatten. Beide sehen die im Verkehrskonzept des Nationalparks festgelegte Zubringerbuslinie für die Bürger und Gäste wie auch im Sinne des Klima- und Naturschutzes als essentiell und unverzichtbar an. Nachdem die Anschubfinanzierung des Landes für diese Linie ausgelaufen ist, hätten die Kosten nun vom Landkreis getragen werden müssen. Dieser hat aufgrund der im Verhältnis zu den Kosten recht geringen Auslastungszahlen die Linie eingestellt. Laut Dr. Schlund seien zuvor keine Überlegungen hinsichtlich einer besseren Taktung bzw. Reduktion der Fahrten unternommen worden. Dr. Schlund schlägt vor, sich weiterhin gemeinsam für den Zubringerbus 118 einzusetzen und Verkehrsminister Winfried Hermann vor Ort einzuladen.

TOP 2: Information zur Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald durch Nationalpark-Direktor Dr. Schlund
Nationalparkdirektor Dr. Wolfgang Schlund informiert, dass der Nationalpark Schwarzwald am 01.01.2014 gegründet wurde. Der 10.062 Hektar große Nationalpark besteht aus zwei etwa 3,5 Kilometer voneinander entfernt getrennten Einzelbereichen um Ruhestein (7.615 Hektar) und Hoher Ochsenkopf /Plättig (2.447 Hektar).
Er führt aus, dass sich Ende Oktober 2024 die Spitzen der Regierungskoalition – entsprechend ihrem Koalitionsvertrag – auf die Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald mit einem Lückenschluss der beiden Teilgebiete grundsätzlich geeinigt haben. Die Erweiterung sieht eine Ausweitung der Fläche um rd. 1.500 Hektar auf dann ca. 11.500 Hektar Gesamtfläche vor.
Zuletzt hatte der Nationalparkrat beschlossen, dass auf Basis dieser Vereinbarung die konkrete Ausgestaltung der Erweiterung im engen Austausch mit den betroffenen Kommunen erfolgen soll. Er beauftragte die Nationalparkverwaltung gemeinsam mit ForstBW und im engen Austausch mit den Kommunen, einen Vorschlag für die Feinabgrenzung zu erarbeiten und dem Nationalparkrat Ende Januar 2025 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
Ein Vorschlag zur Gebietsabgrenzung wurde Ende 2024 fertiggestellt, mit den betroffenen Kommunen sowie den direkt betroffenen Ortsteilen und Bürgerinnen und Bürger findet seit Mitte November ein intensiver Austausch statt. Um die Belange und Sorge der örtlichen Bevölkerung, die in den zahlreichen Gesprächen genannt wurden, hinreichend zu berücksichtigen, wurden durch das Umweltministerium 13 Zusagen formuliert, die zentrale Grundlage für die Umsetzung der Erweiterung sind.
Hierzu gehören u. a., dass die Rolle der Kommunen im Nationalparkrat weiter gestärkt werden soll. Zukünftig sollen Beschlüsse des Rats im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit nur noch gefasst werden, wenn sowohl eine Mehrheit der im Nationalparkrat vertretenen Kommunen als auch eine Mehrheit der Landesvertreter zustimmt. Damit ist sichergestellt, dass die kommunale Seite in diesen Angelegenheiten nicht vom Land überstimmt werden kann.
Außerdem soll der Bürgerschaft der Nationalparkgemeinden die Möglichkeit gegeben werden, jederzeit Vorschläge in den Nationalparkplan einzubringen.
Er führt weiter aus, dass auch nicht unmittelbar von der Erweiterung betroffene Kommunen durch die Erweiterung des Nationalparks profitieren. Insbesondere soll die Effizienz und Wirksamkeit des Borkenkäfermanagements in den Pufferbereichen rund um den Nationalpark weiter verbessert werden. Hierzu werden im Zuge der Erweiterung weite Bereiche der bislang im Nationalpark liegenden Pufferfläche in die Zuständigkeit von ForstBW gegeben.

Durch ein „Lichtwaldprojekt“ soll der Anteil der Fichten reduziert und der Wald reicher an Baumarten und weniger dicht werden, was einen Borkenkäferbefall einschränken soll.
Die Mitglieder des Gemeinderates begrüßen die Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald und die enge Einbindung der Bevölkerung und der kommunalen Gremien der Nationalparkgemeinden.
Der Vorstandssprecher der Forstbetriebsgemeinschaft Hinteres Renchtal, Markus Mayer, fasst die Forderungen der Forstbetriebsgemeinschaft an das Ministerium für Ländlichen Raum bzw. den Nationalparkrat in Zusammenhang mit dem Nationalpark Schwarzwald bzw. der geplanten Nationalparkerweiterung zusammen:
Er führt aus, dass das Jahr 2023 die Waldbesitzer vor außerordentliche Herausforderungen stellte. Eine intensive Borkenkäferdynamik führte zu erheblichen Schäden. Als Reaktion darauf wurde das Projekt PRIMA ins Leben gerufen, das vom Ministerium für Ländlichen Raum mit 260.000 Euro über zwei Jahre gefördert wird. Dieses Projekt soll als Modellregion dienen und Best-Practice-Beispiele für den Umgang mit Waldschutzproblemen an Großschutzgebieten entwickeln. Neben der Fortsetzung des Projektes über die bewilligten zwei Jahre hinaus, werden höhere Entschädigungen hinsichtlich Transport und Aufarbeitung von Käferholz sowie eine Ausweitung der Förderkulisse für den Privat- und Kommunalwald auf einen 10-Kilometergürtel um den Nationalpark von der Forstbetriebsgemeinschaft Hinteres Renchtal gefordert. An der Grenze zum Gebiet der Forstbetriebsgemeinschaft soll ein Lichtwaldprojekt im Anschluss an die Pufferzone entstehen; hierfür sind eine konkrete Abgrenzung und ein detaillierter Handlungsleitfaden erforderlich. Das Borkenkäfermanagement muss innerhalb dieser Entwicklungszone gewährleistet sein.
Im Bereich "Zuflucht, Buhlbach" muss der Puffer auf das maximal mögliche bzw. gesetzlich fixierte Maß ausgedehnt werden. Hier sind noch Flächen in der Entwicklungszone als zusätzlicher Puffer möglich. Im Bereich Allerheiligen muss durch die Erweiterung des Puffers und die Einrichtung einer Entwicklungszone der ungestörten Borkenkäferentwicklung Einhalt geboten werden.
Der Gemeinderat äußert sich unterstützend zu den Forderungen der Forstbetriebsgemeinschaft Hinteres Renchtal, die bei der Fortschreibung des Nationalparkplans mit einfließen und möglichst berücksichtigt werden sollten. Der starke Borkenkäferbefall im Jahr 2023 sollte wissenschaftlich aufgearbeitet werden; das Borkenkäfermanagement sollte durch die von der Forstbetriebsgemeinschaft Hinteres Renchtal geforderten Maßnahmen verbessert werden. Darüber hinaus soll der Forderung nach den in Aussicht gestellten Rangerstationen an der Alexanderschanze und Allerheiligen Nachdruck verliehen werden.
Enttäuscht zeigt sich der Gemeinderat über die Einstellung der Zubringerbuslinie F 118 Bad Griesbach – Kniebis durch den Ortenaukreis, welche der Anbindung von Bad Griesbach zum Nationalparkzentrum bzw. als Anschlussverbindung nach Freudenstadt dient. Mit viel Sorgfalt wurde ein Verkehrskonzept für den Nationalpark Schwarzwald erarbeitet und mittels Anschubfinanzierung durch das Land gefördert. Die Gemeinde selbst hat hohe Investitionen für diese Buslinie, wie z. B. Einrichtung einer behindertengerechten Bushaltestelle am Bahnhof Bad Griesbach oder der Ausbau der Dollenbergstraße, getätigt. Nach Wegfall der Anschubfinanzierung hat der Ortenaukreis eine weitere Finanzierung dieser Buslinie wegen Unwirtschaftlichkeit abgelehnt.
Hier sollte Kontakt mit dem Umwelt- bzw. Verkehrsministerium aufgenommen werden, um eine Fortsetzung der Finanzierung, ggf. unter Berücksichtigung einer den tatsächlichen Bedürfnissen angepassten Taktung der Buslinie, zu erreichen.

TOP 3: Gemeindehaushalt 2025; Beratung und Beschlussfassung über die Verabschiedung des Gemeindehaushalts für das Haushaltsjahr 2025 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs „Gemeindewerke“ für das Wirtschaftsjahr 2025

a) Haushaltssatzung 2025
Rechnungsamtsleiterin Simone Spinner nimmt Bezug auf die Beratungsunterlagen und erläutert die wesentlichen Schwerpunkte des Haushalts 2025 (siehe TOP 2 der öffentlichen Sitzung vom 16.12.2024). Nach Beratung wird einstimmig beschlossen:

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg wird die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 wie folgt beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:
1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

		EUR
1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	10.708.500
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-10.674.900
1.3	**Veranschlagtes ordentliches Ergebnis** (Saldo aus 1.1 u. 1.2) von	**33.600**
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6	**Veranschlagtes Sonderergebnis** (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	**0**
1.7	**Veranschlagtes Gesamtergebnis** (Summe aus 1.3 und 1.6) von	**33.600**

2. Im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von	10.299.100
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von	-9.921.100
2.3	**Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts** (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	**378.000**
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	848.600
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-3.034.500
2.6	**Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit** (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	**-2.185.900**
2.7	**Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf** (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	**-1.807.900**
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	360.000
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-290.200
2.10	**Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit** (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	**69.800**
2.11	**Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts** (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	**-1.738.100**

§ 2 Kreditermächtigungen für Investitionen
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird festgesetzt auf 360.000 €

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 3.245.000 €

§ 4 Kassenkredite
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.500.000,00 €

§ 6 Stellenplan
Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 ist Bestandteil dieser Haushaltssatzung.

b) Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Gemeindewerke“ für das Wirtschaftsjahr 2025

Rechnungsamtsleiterin Simone Spinner nimmt Bezug auf die Beratungsunterlagen zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Gemeindewerke“ für das Wirtschaftsjahr 2025 und erläutert die Schwerpunkte des Wirtschaftsplans. Nach Beratung wird einstimmig beschlossen:
Aufgrund von § 14 Abs. 1 des Eigenbetriebsgesetzes wird der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Gemeindewerke“ für das Wirtschaftsjahr 2025 wie folgt beschlossen:

1. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan 2025 wird wie folgt festgesetzt:

1. im Erfolgsplan **EUR**

		EUR
1.1	Erträge von	818.500
1.2	Aufwendungen von	-968.000
1.3	**Jahresergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)**	**-149.500**

2. im Liquiditätsplan **EUR**

2.1	**laufende Geschäftstätigkeit**	
2.1.1	Einzahlungen von	807.000
2.1.2	Auszahlungen von	-633.300
2.1.3	**Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit**	**173.700**
2.2	**Investitionstätigkeit**	
2.2.1	Einzahlungen von	0
2.2.2	Auszahlungen von	-311.000
2.2.3	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit**	**-311.000**
2.3	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf Saldo 2.1.3 und 2.2.3**	**-137.300**
2.4	Finanzierungstätigkeit	
2.4.1	Einzahlungen von	483.500
2.4.2	Auszahlungen von	-402.100
2.4.3	**Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit**	**81.400**
2.5	**Änderung des Finanzierungsmittelbestands**	**-55.900**

2. Kredite
   a) Der Gesamtbetrag für Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 303.500 €
   b) Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 400.000 €

3. Verpflichtungsermächtigungen
   Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 660.000 € festgesetzt.

TOP 4: Sanierung des Gehweges entlang der B28 zwischen den Einmündungen Lutherweg und Kostspring; Beratung und Beschlussfassung über die zukünftige Parkzeitregelung

Bauamtsleiter Markus Waidele informiert, dass nach Fertigstellung des I. Bauabschnittes und Teilfertigstellung des II. Bauabschnittes der Gehwegsanierung entlang der B 28 zwischen den Einmündungen Lutherweg und Kostspring die Parkregelung noch verkehrsrechtlich angeordnet werden muss. Grundsätzlich gibt es drei Parkbereiche:
a) Lutherweg bis Brunnentempel – Parken halb auf dem Gehweg in Fahrtrichtung rechts
b) Eingang Seniorenzentrum bis Zufahrt Wohnmobilplatz – Parken ganz auf dem Gehweg in Fahrtrichtung rechts

c) Zufahrt Wohnmobilplatz bis Einmündung Kostspring – Parken halb auf dem Gehweg in Fahrtrichtung rechts.
Der Gemeinderat sollte darüber entscheiden, ob eine Parkzeitregelung festgelegt werden soll. Die Beschilderung muss vom Landratsamt Ortenaukreis, Straßenverkehrsbehörde, dann noch verkehrsrechtlich angeordnet werden.
In der anschließenden Diskussion wird einstimmig beschlossen, dass für den gesamten Abschnitt keine zeitliche Befristung erfolgen soll; ebenso soll keine Gebührenpflicht (Anwohnerparkausweis) festgesetzt werden. Da vermehrt festgestellt wird, dass auch Fahrzeuge über 2,8 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht bei den zeitlich beschränkten öffentlichen Pkw-Parkplätzen in der Renchtalstraße/Schwarzwaldstraße abgestellt werden, sollte dies stärker überwacht und ggf. geahndet werden.

TOP 5: Annahme von Spenden
Rechnungsamtsleiterin Simone Spinner informiert, dass zwei Spenden eingegangen sind:
a) 500 € für die Freiwillige Feuerwehr, Abt. Bad Griesbach, von der Fa. Gerüstbau Schmiederer
b) 1.000 € für die Freiwillige Feuerwehr, Gesamtwehr (Spender will nicht namentlich genannt werden). Nach Beratung wird einstimmig beschlossen: Die Spenden werden dankbar angenommen.

TOP 6: Bekanntgaben aus der Arbeit der Gemeindeverwaltung sowie Beantwortung von Anfragen aus der letzten Gemeinderatssitzung
Rechnungsamtsleiterin Simone Spinner informiert, dass in der kommenden Woche die Grundsteuerbescheide für das Jahr 2025 versandt werden. Die Bescheide basieren erstmals auf dem neuen Landesgrundsteuergesetz (LGStG) mit dem die Festsetzung und Erhebung der Grundsteuer neu geregelt wurde. Der Grundsteuerwert bzw. der Grundsteuermessbetrag wurden vom Finanzamt ermittelt und den Betroffenen jeweils mit Bescheid mitgeteilt.
Die Daten dafür wurden von den Betroffenen in Ihrer Grundsteuererklärung angegeben.
Der Grundsteuerwertbescheid und der Bescheid über den Grundsteuermessbetrag (Grundsteuermessbescheid) sind Grundlagenbescheide für die Festsetzung und Erhebung der Grundsteuer durch die Gemeinde. Die Gemeinde ist an den Grundsteuermessbescheid des Finanzamts als Grundlagenbescheid gebunden – auch dann, wenn Einspruch gegen den Grundsteuerwert- bzw. Grundsteuermessbescheid eingelegt wurde. Soweit ein Einspruch beim Finanzamt gegen den Grundsteuermessbescheid zum Erfolgt führt, ist die Gemeinde verpflichtet, den daraus resultierenden Grundsteuerbescheid von Amts wegen entsprechend zu ändern.

TOP 7: Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 16.12.2024
Keine.

TOP 8: Anträge, Fragen und Anregungen aus der Mitte des Gemeinderates
Mitglied Pascal Herrmann stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag in der nächsten Gemeinderatssitzung einen öffentlichen Tagesordnungspunkt (TOP) zum **Erhalt der Buslinie F 118 Bad Griesbach – Kniebis** aufzunehmen. Der Gemeinderat sollte einen Beschluss fassen, der klarstellt, dass die Gemeinde mit der Streichung dieser Busverbindung nicht einverstanden ist. Dieser Beschluss soll anschließend an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden. Zusätzlich bittet die CDU-Fraktion um eine Übersicht der Investitionen, die seitens der Gemeinde und eventuell durch Private für diese Linie getätigt wurden.
Mitglied Pascal Herrmann erkundigt sich nach der **aktuellen Stellenausschreibung der Kur- und Tourismus GmbH.** Diese sucht einen Hausmeister/Gärtner mit einem wöchentlichen Beschäftigungsumfang von 40 Stunden. In den Haushaltsberatungen war festgelegt worden, dass die Kur- und Tourismus GmbH Ausgabeneinsparungen von rd. 20.000 € vornehmen soll; ihm erscheint der Beschäftigungsumfang von 40 Stunden wöchentlich etwas hoch.
Der Bürgermeister informiert, dass die GmbH eigenverantwortlich agiert und die Kosten über den aktuellen Wirtschaftsplan der Kur- und Tourismus GmbH abzudecken sind.

Mitglied Timo Kimmig weist auf die durchgezogene Linie an der neuen behindertengerecht **umgebauten Bushaltestelle am Rathaus Bad Peterstal** hin. Da die durchgezogene Linie bis über die Einmündung Wilhelmstraße gezogen wurde, ist theoretisch ein Abbiegen in die Wilhelmstraße aus Richtung Oppenau nach der StVO nicht mehr zulässig. Die Verwaltung sichert zu, dies mit der Straßenverkehrsbehörde abzuklären.
Mitglied Franz Doll fragt nach, wie es nach dem Teilabriss beim **ehemaligen Stahlbad** weitergehen wird. Der Bürgermeister verweist auf den Bericht in der ARZ vom Samstag, 18.01.2025. Aufgrund der Gefährdung von Leib und Leben durch die Gefahr eines Einsturzes eines Teils des Gebäudes wurde vom Kreisbauamt ein Teilabriss angeordnet und im Wege der Ersatzvornahme ausgeführt. Weitere Maßnahmen sind aktuell nicht bekannt. Die Kosten des Abrisses hat der Grundstückseigentümer dem Kreis zu erstatten.
Mitglied Andreas Kimmig führt aus, dass im unteren Bereich der Schwarzwaldstraße, der Bahnhofstraße und der Hinteren Allee verstärkt Probleme mit abgelegtem **Hundekot** bestehen. Er regt an, alle Hundehalter in der Gemeinde anzuschreiben und auf die Vorschriften zur Beseitigung von Hundekot hinzuweisen.
Mitglied Inge Bayer führt aus, dass im Bereich des fertiggestellten Gehweges an der B 28 unterhalb der Einmündung Kostspring mittlerweile deutlich schneller gefahren wird, als die erlaubten 30 km/h. Sie regt an, in diesem Bereich nach dem endgültigen Abschluss der Baumaßnahmen am Gehweg zwischen Lutherweg und Kostspring **Geschwindigkeitskontrollen** durchzuführen.

gez. Meinrad Baumann
Bürgermeister